

II--2813 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1380/J

1977 -10- 05

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Busek  
und Genossen

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend die vorschnelle Rodungsbewilligung für  
ein mit Schwarzpappeln bewachsenes ca. 18.000 m<sup>2</sup>  
großes Grundstück in der Lobau

Die Wiener Rathauskorrespondenz vom 29. Juli 1977  
meldet, daß die Landesforstinspektion über Antrag  
der Gemeinde Wien der Rodung eines 18.000 m<sup>2</sup> großen  
mit Schwarzpappeln bewachsenen Grundstückes in der  
Lobau für den Ausbau des Wiener Hafens im öffent-  
lichen Interesse zugestimmt habe.

Es muß jedoch ernsthaft in Frage gestellt werden,  
ob diese Rodungsbewilligung, die tatsächlich durch  
den Wiener Magistrat über Antrag der Magistratsabtei-  
lung 69 als Eigentümerversorger erfolgt ist, nicht  
vorschnell und leichtfertig erteilt wurde.

Neue Berechnungen des künftigen Warenumschlages für  
den Hafen Wien, nach Fertigstellung des Rhein-Main-  
Donau-Kanals, haben nämlich ergeben, daß die ersten  
Schätzungen um das Doppelte zu hoch angesetzt wurden.  
Zudem soll von der Gemeinde Wien eine Planungs- und  
Koordinationsges.m.b.H. für den Großhafen Wien erst  
gegründet werden. Das Wiener Institut für Standort-  
beratung stellt in seiner Studie fest, daß detaillierte  
Untersuchungen für den Hafen Wien und dessen Hinterland erfor-  
derlich sind. Noch bevor also überhaupt eine solche  
Planungs- und Koordinationsges.m.b.H. eingerichtet ist  
und diese den konkreten Raumbedarf erhoben hat, hat  
sich der Magistrat Wien veranlaßt gesehen, dem Antrag  
der Gemeinde Wien auf Rodung des Baumbestandes auf dem  
zugekauften Grundstück zuzustimmen.

- 2 -

Das vom Forstgesetz geforderte "öffentliche Interesse" für eine Rodungsbewilligung ist vor diesem Hintergrund zum gegenwärtigen Zeitpunkt fragwürdig - das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Lobau als Erholungs- und Aulandschaft scheint in diesem Fall leichtfertig verletzt worden zu sein.

Das Forstgesetz 1975 bestimmt, daß die Behörden jene Bescheide, mit denen Rodungen bewilligt werden, samt den Entscheidungsunterlagen dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vorlegen müssen und dieser dagegen beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde erheben kann. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat bisher von dieser Regelung im Sinne einer strengen Auslegung des Gesetzes oft Gebrauch gemacht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

#### A n f r a g e :

- 1) Wurde Ihnen vom Magistrat Wien der Bescheid über die Rodung des ca. 18.000 m<sup>2</sup> großen mit Schwarzpappeln bewachsenen Grundstückes in der Lobau, das für den Ausbau des Wiener Hafens verwendet werden soll, vorgelegt ?
- 2) Hat der Magistrat Wien in den Unterlagen durch konkrete Baupläne nachgewiesen, daß dieses Grundstück für den Ausbau des Wiener Hafens tatsächlich in Anspruch genommen werden muß ?
- 3) Welche sonstige Unterlagen hat die Gemeinde Wien vorgelegt, um eine Rodung dieses Grundstückes im öffentlichen Interesse zu rechtfertigen ?
- 4) Ist Ihnen bekannt, daß das Wiener Institut für Standortberatung eine konkrete Detailplanung für den Ausbau des Wiener Hafens fordert und die bisherigen Schätzungen bis zu 100 % überhöht sind ?

- 3 -

5) Ist Ihnen bekannt, daß eine Planungs- und Koordinations-  
ges.m.b.H. für den Großhafen Wien von der Gemeinde  
Wien erst errichtet werden wird ?

6) Haben Sie gegen den Bescheid, mit dem die Rodung  
der Schwarzpappeln auf diesem Grundstück bewilligt  
wurde, Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof er-  
hoben ?

Wenn nein, was waren die Gründe dafür ?